

gegeben oder selbstverständlich voraussetzt. Wir erklären darin ein deutliches Abwenden von dem unheilvollen Auftritte eines Teils der A- und E-Kräfte, wo durch die Behauptung, die Republik bedeute die Herrschaft der Arbeiterklasse statt einer Volksvertretung, eine neue Kaiserregierung angekündigt wurde. Das kann eine Volkrepublik nicht sein.

Auffällig ist, daß die neue Regierung an der bei uns unstrittenen Frage der Nationalversammlung wortlos vorübergeht. Allerdings kann man es schon als einen Fortschritt und ein weiteres Abwenden von jenen schon erwähnten unglücklichen Auftritte ansehen, daß man sich nicht gegen die baldige Einberufung einer Nationalversammlung gewandt hat. Das aber war die Absicht der Verfasser jenes Artikels, ja es sollte von Sachien aus diese Politik besonders forciert werden. Das haben die Volksbeauftragten in der neuen Regierung nicht verstanden. Aber wir erwarten in ihrem Programm immerhin eine tatsächliche Volksvertretung. Ist es die Absicht, die Herrschaft der A- und E-Kräfte in Sachien unbehindert bestehen zu lassen, während im Reich und vornehmlich auch in allen andern deutschen Staaten, Nationalvertretungen errichten, die das ganze Volk auf der Grundlage der politischen Gleichberechtigung vertreten sollen. Hier handelt es sich um eine dringliche Gegenwartsfrage. Es bleibt unverständlich, wie man daran schweigend vorbeigehen konnte. Dabei handelt es sich nicht allein um demokratische Anforderungen gerecht zu werden, die wir seither immer vertreten haben, auch dringliche Gebote der schweren Zeit erheben eine Vertretung des Volkes, die auf breiter Grundlage beruht und alleseitig als zuständig anerkannt wird.

In einem besonderen Abzuge ihres Programms weist die neue Regierung selbst darauf hin, daß Steuern in noch nicht demgemäßen Umfange nötig werden, um die notwendigen Anforderungen zu erfüllen. Wie gedenkt man diese Besteuerung gesetzlich zu sichern und durchzuführen, wenn keine von dem Volk zu besteuernden Volksvertretung vorhanden ist? Man mag sie Nationalversammlung, Konstituante, Landtag oder sonst wie nennen, nötig ist nur, daß sie auf dem Gesamtwillen des Volkes durch ein gerechtes Wahlrecht basiert und hinsichtlich ihrer Zuständigkeit alleseitig anerkannt wird. Wie will man ohne Volksvertretung für dringliche Aufgaben, für die bisher die Landesgesetzgebung zuständig war, die erforderliche gesetzliche Grundlage schaffen? Wir erinnern nur daran, daß zur Beilegung der Wohnungsnot Gelder zum Wohnungsbau unter außergewöhnlichen Umständen bereitgestellt werden müssen. Es wird nötig sein, besondere Hypothekendarlehen einzurichten und eine gesicherte Grundlage hierfür zu schaffen, das Geld über die Landeskulturrentenbank von Grund aus zu ändern, um darin befindliche Hindernisse für den Kleinwohnungsbau zu beseitigen. Wie nun das ohne Volksvertretung bewerkstelligen? Ganz unmöglich ist es, und zur Anarchie müßte es führen, wenn man Gesetze ohne anerkannte Volksvertretung durch Dekrete, also durch Diktatorakte, beschließen oder verändern wollte. Es sei ferner daran erinnert, daß es dringend nötig ist, die Bezirksverwaltungen und Gemeindeverfassungen auf eine ganz neue Grundlage zu stellen. Hier ist gründliche gesetzgeberische Arbeit nötig, die sehr bald in Angriff genommen werden muß; dieser Aufgabe muß auch die Fremden- und Erfahrung dienlich gemacht werden, die im Lande zu finden ist. Wie will man das und noch so vieles andere ohne eine Volksvertretung bewerkstelligen?

Allerdings, die neue Regierung sagt nicht, daß sie keine Volksvertretung haben will, völlig unerklärlich bleibt aber, daß diese wichtige Frage offen gelassen wird. Man kann notwendigkeiten nicht dadurch beseitigen, daß man sie mit Schweigen übergeht. Gewiß hat man nicht die Absicht gehabt, den Kopf vor unabwehrbaren Entscheidungen in den Sand zu stecken, aber offenbar ist versucht worden, Streitfragen über die keine Übereinstimmung zu erzielen war, unüberhört zu lassen. Daraus aber kann leider geschlossen werden, daß die Regierungsmaschinerie an der entscheidenden Stelle bloß auf einen toten Punkt kommen werde. Das ist aber in der heutigen Zeit der freibeweglichen Neugeburt unerträglich. Es erscheint uns nötig, auf diesen bedeutenden Punkt aufmerksam zu machen, um Abhilfe zu ermöglichen, die keinen Ausschub verträgt.

Zum Schluß wird gesagt, daß es zum Neubau des Wirtschaftslebens aller Kräfte bedarf. Ganz richtig; nur kann man auf diese Kräfte nicht in vollem Maße rechnen, wenn man sie nicht gleichberechtigt machen will. Das Programm schließt mit einem Ausblick auf eine neue Blüte demokratisch-sozialistischer Entwicklung, zu der man jedoch erst kommen werde, wenn man der Schwierigkeiten Herr geworden sei. Dieser Ausblick entspricht einer richtigen Erkenntnis, er nähert sich auch wieder sympathisch den Anforderungen nach politischer Gleichberechtigung, ohne die eine demokratisch-sozialistische Entwicklung ja nicht möglich. Aber diese Zusagen verpflichten uns doppelt, die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung zu schaffen.

Die Nahrungsmittelversorgung Europas.

Dern, 19. November. Der amerikanische Pressedienst in der Schweiz meldet aus New York: Der Nahrungsmittelverwalter der Vereinigten Staaten, Hoover, hat vor seiner Abreise nach Europa einen Bericht veröffentlicht, in dem es heißt: Ich gehe nach Europa, um die weiteren Maßnahmen für die Nahrungsmittelversorgung zu treffen, die infolge der Einstellung der Feindseligkeiten notwendig sind. Die Ernährungsfrage in Europa ist heute äußerst verwickelt. Von sämtlichen europäischen Ländern haben tatsächlich nur drei, nämlich Südrussland, Ungarn und Dänemark mit einer Bevölkerung von etwa 40 Millionen genügend Nahrungsmittelvorräte. Einige Länder bedürfen der sofortigen Unterstützung. Wir haben einen Ueberschuß von 180 bis 200 Millionen Tonnen Nahrungsmittel, wenn wir sparsam wirtschaften. Somit kann ihrer Lage Rechnung getragen werden, wenn dieser Ueberschuß und andre kleine Reserven in die Welt befördert werden können. Übereinstimmen mit den alliierten Regierungen sind schon geschlossen worden. Frankreich, England und Italien werden versorgt. Ein schwieriges Problem ist dasjenige, das die Lage der

10 Millionen Menschen in den feindlichen Ländern betrifft. Es besteht nicht darin, ihnen zu Hilfe zu kommen, sondern darin, die Blockade, die auch während des Waffenstillstands weiterbesteht, zu mildern, um eine gewisse Stabilität der Regierungen dadurch zu gewährleisten.

Falls die Anarchie nicht unterdrückt und die Stabilität der Regierungen in den feindlichen Ländern nicht erreicht werden kann, wird es niemandem geben, mit dem der Friede geschlossen werden kann. Dann wird niemand vorhanden sein, der die Rechnung der in Frankreich und Belgien angerichteten furchtbaren Schäden zu bezahlen gewillt ist.

Der Wahltermin für die Nationalversammlung noch nicht festgesetzt.

Berlin, 18. November (D. V. S.)

In den Morgenblättern vom 17. November fand sich die Nachricht, daß die Wählerlisten für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 2. Januar 1919 angelegt werden und die Wahlen selbst am 2. Februar 1919 stattfinden würden.

Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Dem Rat der Volksbeauftragten ist bis jetzt ein Entwurf zur Wahlordnung für die Konstituante noch nicht zur Beschlußfassung vorgelegt worden.

Daß die Vorbereitungen für die Konstituante sobald wie möglich in die Wege geleitet werden sollen, hat die Reichsregierung wiederholt erklärt.

Der Vorwärts schreibt:

Die widersprechenden Angaben des Vorwärts und der Freiheit über den Stand der Vorbereitungen für die Nationalversammlung veranlaßte einen Mitarbeiter der D. V. S., ein der unabhängigen Sozialdemokratie angehörendes Regierungsmitglied darüber zu befragen. Dieser erklärt, daß das Parlament ein Gesetz erlassen hat, welches über die Wahlen zur Nationalversammlung nicht bestimmt, und daß von der Freiheit nicht bekannt ist, was es für die Wahlen bereits am 2. Januar feststehenden Punkten — von anderen Gründen abgesehen, schon aus rein technischen Gründen. Die Aufhebung des Gesetzes, die Aufhebung der ungesetzlichen Verfügungen würden noch längere Zeit andauernde Verhandlungen herbeiführen und man könne nicht Wahlerlisten anlegen, so lange ein so großer Teil des Volkes noch nicht in der Lage sei, Wahlerlisten abzugeben. Dazu kommt weiter, daß man ja den Umständen entgegen das Reichsgebiet noch gar nicht kennt, weder die möglichen Verteilungen des alten Reichsgebietes, noch den Umfang des von dem Reich angegliederten Deutsch-Ostpreußen. Es müßte auch beachtet werden, daß die Dauer der Besetzung der im Reichsgebietlichen Gebiete und auch gewisser Teile des ostpreussischen Landes noch nicht wissen und man werde doch nicht, wenn dies möglich wäre, Wahlen unter dem Druck einer klandestinen Besetzung stattfinden lassen. Aus all diesen Gründen glaubt der befragte Regierungsmitglied, daß der Beschlusstext der Nationalversammlung jedenfalls nicht so frühzeitig erfolgen werde, als man vielfach glaubt.

Wahlorgan und Regierung.

In einer gemeinsamen Sitzung des Rates der Volksbeauftragten und des Reichsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte wurde so teils der Berliner Volksanzeiger mit, teils über die Stellung dieser beiden höchsten Körperschaften des neuen deutschen Staates zueinander beraten. Es wurde festgestellt, daß die Wahlorgan und ihre Regierungsmachtigkeit unter dieser Kontrolle und nach diesen Weisungen auszuüben haben. Ob diese Aufgaben von sämtlichen Volksbeauftragten geteilt wird, werden mit im Augenblick noch nicht ermittelt. Tatsache ist, daß die Vertreter der Mehrheit sozialistisch in der Regierung, aber während dieser oder jener von ihnen, bisher einen anderen Standpunkt einnahmen und für die Volksbeauftragten eine gewisse Selbstständigkeit der Exekutive für unmöglich halten. Ob sie diesen Standpunkt nunmehr verlassen haben, aber ob noch keine endgültige Abgrenzung der Zuständigkeiten erzielt werden konnte, werden die nächsten Tage wohl erkennen lassen.

Was die Frage der Einberufung der deutschen Nationalversammlung betrifft, so sind Sachverhalt und Vollzustand noch darüber einig, daß eine solche Versammlung wohl zustande kommen muß, aber die Bestimmung des Termins ist noch immer nicht werner als geklärt. Man scheint entschlossen zu sein, noch weitere wichtige sozialpolitische Maßnahmen vorher durchzuführen, darunter auch die Konsumation großer industrieller Betriebe, die für die Sozialisierung teils erschließen, in Staatsbetriebe. Ebenso werden Maßnahmen auf dem Gebiet des Finanz- und Strukturwesens ergriffen, die dem sozialdemokratischen Programm entsprechen. Es ist zu erwarten, daß die Einberufung der Nationalversammlung und dessen Bestehen darauf, daß die Wahlen die Verwaltung des Reiches und des Staates den Arbeiter- und Soldatenräten überlassen bleiben müßte. Auch haben sie einen Reichsausschuß dieser Arbeiter- und Soldatenräte in Aussicht genommen.

Die Zahl der Wähler.

Berlin, 19. November. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erfährt, wird sich die Zahl der Wähler in Deutschland allein auf die gewöhnliche Zahl von 40 Millionen belaufen. Die Auffstellung der Wählerlisten bedingt daher ganz enorme Vorarbeiten.

Finanzprogramm der neuen Regierung.

Der neue Staatssekretär des Reichsschatzamt's Schiffer empfing gestern das Mitglied der volkswirtschaftlichen Redaktion der Deutschen Allgemeinen Zeitung zu einer Unterredung über das Finanzprogramm der neuen Regierung. Der Staatssekretär sagte im wesentlichen: Die neue Regierung denkt nicht daran, irgend etwas von den Bedingungen der Kriegsanleihen, sowohl was die Schuldverhältnisse, wie auch was die Reichsfinanzverwaltung betrifft, zugunsten der Anleihebesitzer zu ändern. Was den Besizern der Kriegsanleihen versprochen ist, werden wir unbedingt halten.

Soweit es sich darum handeln kann, einem Druck auf den Kurs der Kriegsanleihen entgegenzuwirken, erlaube ich einen guten Erfolg von der Aufnahme eines Konfortiums, das sich aus der Reichsbank und Privatbanken bilden wird. Die Kriegsanleihe würde ver-

den auch bei einer Anzahl neuer dafür geeigneter Steuern in Zahlung gegeben werden können. Ferner gilt das gleiche für die Bezahlung der aus den Deeresdepots der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellenden Rohstoffe und Rohmaterialien, bei denen es sich um Milliardenwerte handelt. Hier werden die Besitzer von Anleihen sogar unmittelbar bevorzugt.

Die Noten- und Geldhamsterei hat sich zu einem Umfang angewachsen. Staden die Zahlungen, so können heute mit Leichtigkeit Unruhen entstehen. Darüber hinaus schwächen diese aus der Zahlungsnot sich ergebenden Zustände in unsern wirtschaftlichen Leben unsern Kredit im Ausland und wirken auf die Gestaltung unserer Valuta an den neutralen Märkten ungünstig ein. Außerdem sollte man bedenken, daß in den Randgebieten Deutschlands die Reizung, beim Deutschen Reich zu bleiben, durch kaum etwas anderes so stark gefördert werden kann wie durch Unruhe und Wirtwart in unsemr Geldbesitz und darüber hinaus in unsemr Reichsbesitz. Ich werde gegen die Steuererhöhung in jeder Form in der äußersten Schärfe vorgehen. Das Steuerhochwasser darf nur ein Anfang; ihm werden entsprechende Maßnahmen für das Zustand folgen. Der Steuerhinterzieher ist nicht besser als irgendein anderer Betrüger. Er unterwirft sich dem einem Landesvertreter nicht sehr. Es wird ein sehr wirksames Mittel sein, den Versuch der Notenhamsterei und Steuerhinterziehung fortzusetzen. Die Grundlagen für neue Steuererhebungen werden wir dann ermitteln lassen, wenn Abhilfe geschaffen ist über den endgültigen Umfang des Reiches. Ich halte es grundsätzlich für unmöglich, vor Zusammenkunft der Nationalversammlung ein Programm anzufertigen.

Ein bringender Hilferuf.

Dann, 18. November. Gestand's Ratus Bureau meldet, daß die Reichsregierung auf ein Staatssekretär's Auftrag eine Hilfe erbat.

Es wird darin u. a. erklärt, daß es bei dem in Deutschland gegenwärtig zur Verfügung stehenden Material unmöglich sein wird, eine aus nur in engen Grenzen gebliebene Versorgung der Städte mit Lebensmittel zu gewährleisten, abgesehen von dem ferner notwendigen Transportmaterial für die Städte etc. In der Note wird weiter erklärt, daß wir ausserhalb der Stadtgrenzen für eine Woche die Versorgung ganz einstellen zu können. Wir müssen, da die Verhältnisse in Ost und West sich sehr rasch ändern, damit rechnen, daß gleichzeitig in allen Teilen des Landes Hungergefahr all der Folge der Transportmangelerscheinungen entstehen, deren weitere Folgen unvorstellbar wären.

Ferner hat die Reichsregierung der D. V. S. die, insbesondere der D. V. S., zur Bitte, daß einmal die für unsere Industrie notwendigen Transportwege aus dem Norden wie die für die Städte notwendigen Verkehrswege unmöglich sind und die davon abhängige Industrie und Handwerksindustrie zur Stilllegung, wenn nicht zum Stillstand gezwungen sei. Auch die Kadern der Nord- und Ostseegebiete würde bei der Fortdauer der Blockade gefährdet.

Wir bitten unter Betzern in Bonn angewiesen, sich bringende Hilferufe mit den Vertretern der verbliebenen Regierungen zu übertragen. Dies hätte aber keinen Erfolg, da die Vertreter der Regierungen keine Maßnahmen zu ergreifen können zu helfen können. Wir bitten, auch die Gefahr, die aus den drückenden Waffenstillstandsbedingungen erwächst, aus möglichst ungenügend einen Ort zu bezeichnen, an welcher Vertreter mit den Bevollmächtigten der Verbündeten zur Besprechung dieser Fragen zusammenkommen können. Da die Transportwege in Wasser und zu Lande ähnlich schwierig werden und die zur Stilllegung der Truppen alle Organisationsmaßnahmen zu treffen, bitten wir, keine Zeit zu verlieren, damit wir in der Lage sind, die bisher noch bestehende Ordnung wieder herzustellen.

Raubmord in Dresden.

Gestern Abend wurde in der Nähe ihrer Wohnung, Tschelchstraße 12, die 18 Jahre alte Straßenbahnfahrerin Pauline Böger ermordet und gelyncht. Augenblicklich liegt Raubmord vor. Der noch unbekannt Täter, der mit den Verhältnissen der Gasse gut vertraut sein muß, hat den Raubmord und die Mordtat durchführt. Vermutlich ist er durch den Raub an der Wohnungstür der Frau Böger getrieben worden, seine Beute zu erlangen und zu verschleppen. Er hat am Tatort die Leiche einer Frau tödlich geschlagen. Zu den Verurteilten, die in der Wohnung der Ermordeten aufgefunden worden sind, gehört der am 9. März 1908 in Sachsen geborene Metallarbeiter Alfred Schütz. Schütz ist ein Mann, der zur Ermittlung des Täters genannt wird, weil er die Verurteilung erleiden. Insbesondere wird um sofortige Feststellung über den Verbleib Schütz aber um seine Verurteilung ersucht.

Deutsches Reich.

Die Wohnung der Soldaten.

Berechnung.

- 1. Mannschaften, die dauernd Arbeitsdienst leisten, 50 % entlassen. Werden sie weiterbeschäftigt, so sind sie freie Zivilisten und als solche zu behandeln.
- 2. Mannschaften, die vorübergehend zu Arbeitsdienstern sind, 10 % entlassen. Werden sie weiterbeschäftigt, so sind sie freie Zivilisten und als solche zu behandeln.
- 3. Mannschaften, die sich freiwillig zu Arbeitsdienstern verpflichten, 10 % entlassen. Werden sie weiterbeschäftigt, so sind sie freie Zivilisten und als solche zu behandeln.
- 4. Die Mannschaften begreifen, solange sie mobil sind, mobile Wohnen, soweit sie inmobile sind, inmobile Wohnen, jedoch Gefasste und Mannschaften monatlich 30 %.

Der Hof der Volksbeauftragten.

Gesetz. G. G. G.

Einschränkung der Ferngespräche.

Berlin, 18. November. (Mittl.) Durch zahlreiche Meldungen aller heimatischen Goldgruben untereinander sind die Reichsleistungen so überflüssig, daß Gespräche der Generalintendanten mit den heimatischen Depots als fundenlange Verzögerungen erachtet